

# DATEN & FAKTEN

## DIE 5 HÄUFIGSTEN LÜGEN ZUM STEUERSYSTEM

Warum Millionärssteuern  
notwendig und  
wirtschaftlich sinnvoll sind!

Stand: Februar 2015

Mit falschen Behauptungen und haarsträubenden Lügen versuchen viele Lobbyisten/-innen der Reichen eine Millionärssteuer zu verhindern. Setzt man sich näher damit auseinander, wird schnell klar: Die Einführung einer Millionärssteuer auf hohe Netto-Privatvermögen ist ein wirksamer und notwendiger Beitrag, um eine spürbare und nachhaltige Lohnsteuersenkung zu finanzieren. Nur so kann verhindert werden, dass sich die Arbeitnehmer/-innen die Lohnsteuersenkung selbst bezahlen müssen. Es gibt keine seriösen wirtschafts-, verteilungs- oder steuerpolitischen Argumente, die gegen einen höheren Steuerbeitrag der Reichen sprechen. Die konservativen Gegner/-innen der Millionärssteuer führen die Öffentlichkeit bewusst in die Irre. Folgende Auseinandersetzung mit den häufigsten Steuerlügen soll zur Versachlichung der Debatte beitragen:

1. Lüge:  
Vermögens-  
steuer bringt  
keine nennens-  
werten  
Einnahmen

**WAHR IST: EINE MILLIONÄRSSTEUER**

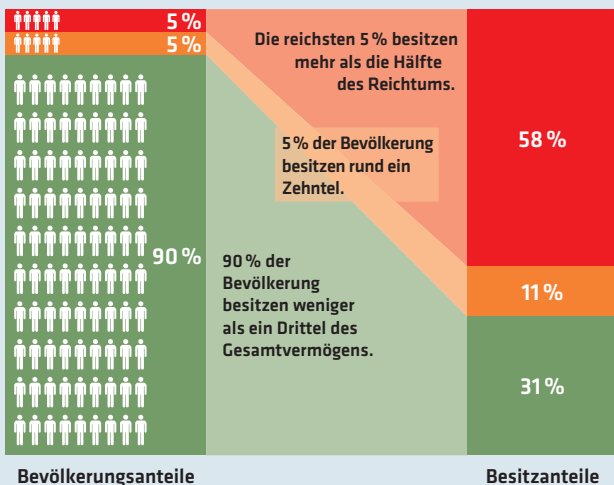
**BRINGT MINDESTENS ZWEI**

**MILLIARDEN AN STEUEREINNAHMEN**

Österreich zählt zu den reichsten Staaten der Welt. Hier leben im Verhältnis zur Bevölkerung die EU-weit meisten „Superreichen“ (= mit mindestens 100 Millionen Dollar pro Haushalt) und die Reichtumskonzentration beim reichsten Zehntel ist die höchste im Euro-raum! Es stimmt zwar, dass nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung von einer Millionärssteuer betroffen wäre. Aber diese kleine elitäre Gruppe besitzt einen riesigen Anteil des Reichtums. Allein die reichsten fünf Prozent besitzen 800 Milliarden Euro. Das sind fast 60 Prozent des gesamten Privatvermögens. Obwohl also nur sehr Wenige besteuert würden, wäre ein insgesamt sehr hoher Vermögenswert von der Besteuerung erfasst. Damit können Milliarden-einnahmen erzielt werden, deren konkrete Höhe vom jeweiligen Modell abhängt.

## VERTEILUNG DES PRIVATEN NETTO-VERMÖGENS\*

(Besitzanteile innerhalb der österreichischen Bevölkerung in Prozent)



\*Netto-Vermögen = Finanzvermögen plus Sachvermögen minus Kredite, Basis private Haushalte; Quelle: JKU 2013 auf Basis von ÖNB (HFCS)

## WAHR IST: NUR DIE REICHSTEN MÜSSEN ZAHLEN

Hohe Freibeträge sorgen bei einer Millio-närssteuer dafür, dass auch wirklich nur die Reichsten einen zusätzlichen Steuerbeitrag leisten. Diskutiert werden etwa Freibeträge in Höhe von einer Million Euro pro Haushalt oder z. B. von 700.000 Euro pro Person. Nur jene Vermögensteile, die darüber liegen, werden besteuert. Kredite können abgezogen werden. Betroffen von einer Reichensteuer wären in jedem Fall weniger als die reichsten fünf Prozent der Österreicher/-innen. Für die Besteuerung eines Großteils des Vermögens-reichtums braucht es keine große Zahl an steuerpflichtigen Personen (siehe „1. Lüge“). Die breite Mittelschicht – wie auch alle anderen Einkommensgruppen – würde dagegen von einer gerecht gegenfinanzierten Lohnsteuersenkung erheblich profitieren.

2. Lüge: Vermögens-steuern trafen die Mittelschicht

Mittelschicht gewinnt

3. Lüge:  
Vermögens-  
steuern führen  
dazu, dass  
Vermögen  
abwandert und  
Arbeitsplätze  
verloren gehen

**WAHR IST: VERMÖGENS-**

**BESTEuerung FÖRDERT**

**BESCHÄFTIGUNG UND WACHSTUM**

Dass höhere Steuerbeiträge von Vermögenden zur Verlagerung ihrer Reichtümer ins Ausland führen würden, ist absurd. Österreich ist eines der Schlusslichter in der Besteuerung von Vermögen, eine höhere Besteuerung von Vermögen ist international üblich. Zudem wird die Verschiebung von Vermögen in andere Länder immer schwieriger, weil dem auf internationaler Ebene zunehmend ein Riegel vorgeschoben wird und das Vermögen in Österreich großteils aus Immobilien (Grundstücken, Villen etc.) besteht. Diese können nicht einfach verlagert werden. Das wird von Gegnern/-innen einer Millionärssteuer bewusst ausgeblendet.

Auch die österreichischen Betriebe haben durch eine Millionärssteuer keine negativen Auswirkungen zu befürchten, da nicht das Unternehmensvermögen, sondern nur das private Vermögen (also Aktien und Beteiligungen von natürlichen Personen) besteuert werden soll. Steuerpflichtig wären also die Anteilseigner/-innen. Auch die oft bemühten Klein- und Mittelunternehmer/-innen wären durch die großzügigen Freibeträge – auch hier vermindern die Schulden das Vermögen – kaum betroffen.

Reichensteuer  
senkt Krisen-  
anfälligkeit  
und stärkt  
wirtschaftliche  
Stabilität

Langfristig dienen Vermögenssteuern der wirtschaftlichen Stabilität. Denn: Je größer die Verteilungsschieflage ist, also je mehr Reichtum sich bei Wenigen anhäuft, umso mehr wird dieser nicht konsumiert oder in die Realwirtschaft investiert, sondern als „Spielkapital“ zur Spekulation im internationalen Finanzcasino eingesetzt. Das sind die Lehren der 2008 ausgebrochenen Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Besteuerung der Vermögen senkt die Krisenanfälligkeit, dämmt die Finanzspeku-

lationen und leitet Kapital von den Finanzmärkten zurück in die Realwirtschaft. In Kombination mit einer effektiven Steuerentlastung der Arbeit führt sie zu mehr gesamtwirtschaftlicher Nachfrage von Unternehmen und Haushalten nach Investitions- und Konsumgütern. Das fördert die wirtschaftliche Entwicklung und führt zu mehr Beschäftigung.

**WAHR IST: STEUERERKLÄRUNG**

**WIRD SELBST GEMACHT - GANZ**

**OHNE SCHNÜFFELEI**

4. Lüge:  
Vermögens-  
steuer ist  
eine  
Schnüffel-  
steuer

Hausrat und persönliche Gebrauchsgegenstände sind von einer Millionärssteuer ausgenommen. Ähnlich der Einkommensteuer wird eine Steuererklärung abzugeben sein. Prüfungen werden dann nur stichprobenartig durchgeführt. Auch die Administrationskosten werden nicht höher sein als bei der Einkommensteuer.

**WAHR IST: EIN GUTER**

**SOZIALSTAAT BRAUCHT SOLIDE**

**FINANZIERUNG UND SORGT FÜR**

**AUSGLEICH**

5. Lüge:  
Österreich ist  
Spitzenreiter  
bei Abgaben  
und  
Umverteilung

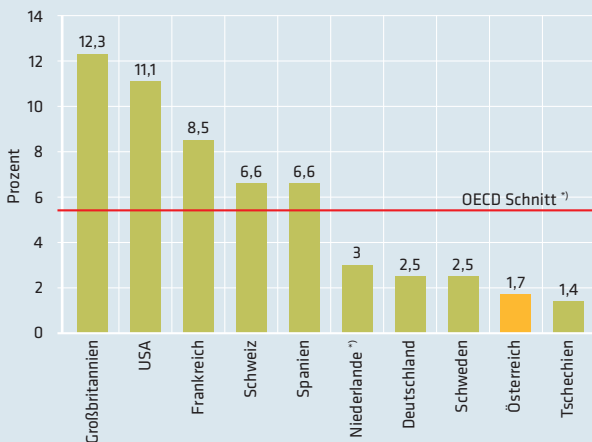
Die Abgabenquote setzt alle Steuern und Sozialbeiträge ins Verhältnis zur gesamten Wirtschaftsleistung, zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Sie ist keine „Belastungsquote“, denn damit werden staatliche Leistungen finanziert. Würden diese nicht vom Staat öffentlich organisiert, müssten die Bürger/-innen sie privat finanzieren. Das kommt oft deutlich teurer. Zwar weist Österreich tatsächlich eine im internationalen Vergleich hohe Abgabenquote auf, die wirtschaftlich und sozial erfolgreichsten Staaten haben aber alle hohe Abgabenquoten. Und wenn man – wie die AK Wien in einer Studie – die Abgabenquote eines Staates um

notwendige Zahlungen für private Versorgung bereinigt, liegt Österreich im Mittelfeld der entwickelten OECD-Industriestaaten.

Was die Quote gar nicht angibt, ist, wie viel Steuern jeweils von den Arbeitnehmern/-innen, von den Konsumenten/-innen, von den Gewinnbezieher/-innen und von den Vermögenden kommen. Sie wirft alles in einen Topf. Fakt ist, dass Österreich nur für Arbeitnehmer/-innen und Konsumenten/-innen ein Hochsteuerland ist, für Vermögende hingegen ist Österreich ein Niedrigsteuerland. Das belegen alle internationalen Vergleiche. Deshalb wird Österreich auch von der EU, der OECD oder dem IFW dringend empfohlen, das zu ändern.

## VERMÖGENSSTEUERN 2013

(in Prozent aller Steuereinnahmen)



Quelle: OECD 2014; 2013 vorläufig; \* Zahlen aus 2012

Zudem zeigt die Realität, dass hohe Abgabenquoten die wirtschaftliche Entwicklung nicht behindern. Im Gegenteil: Eine umfassende Wohlstandsmehrung erfordert einen aktiven Staat. Der Staat braucht nicht weniger, sondern mehr Geld, um eine positive soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu sichern.

## **DIE AK ÖÖ FORDERT ...**

- ▶ Senkung der Lohnsteuer mit einem Schwerpunkt auf kleine und mittlere Einkommen.
- ▶ Einführung einer Millionärssteuer mit einem hohen Freibetrag (z.B. ab einer Million Euro Netto-Vermögen).
- ▶ Einführung einer reformierten Erbschafts- und Schenkungssteuer mit einem Freibetrag, der sicherstellt, dass im Laufe eines Arbeitnehmerlebens Ersparnis steuerfrei weitervererbt werden kann.
- ▶ Maßnahmen auf EU-Ebene zur Koordination vermögensbezogener Millionärssteuern, so dass in jedem EU-Land durch solche Steuern ein Mindestmaß des gesamten Steueraufkommens erreicht wird.

„Wenn konservative Kräfte behaupten, wir wollen Einfamilienhäuser, Eigentumswohnungen oder Betriebsvermögen höher besteuern, dann ist das blanker Unsinn. Dies soll nur die Bevölkerung verunsichern, um die Reichsten steuerlich zu schonen.“



**Dr. Johann Kalliauer**  
AK-PRÄSIDENT

**Impressum:**

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Redaktion:  
Kammer für Arbeiter und Angestellte für OÖ, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz.  
Hersteller: Gutenberg-Werbering Gesellschaft m.b.H.  
Anastasius-Grün-Straße 6, 4021 Linz  
Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:  
siehe <http://ooe.arbeiterkammer.at/impressum.html>

**P.b.b.** Erscheinungsort Linz, Verlagspostamt 4020, AK-Informationsblatt der Kammer für Arbeiter und Angestellte für OÖ, Nr. 16/2015, GZ 02Z033937 M, VORTEILSTARIE, DVR 0077747, Retouren an Postfach 555, 1008 Wien